

Plesseweg – Vollausbau nötig?

Anlieger gründen mit Unterstützung von H + G Göttingen e. V. eine Interessengemeinschaft

Fakten und Widersprüche im Fachausschuss vorgetragen



Betroffene Anlieger

Seit vielen Jahren bemühen sich die Anlieger des Plesseweges darum, dass in ihrer Straße **einfache Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** eingerichtet werden. Über die kurze, ursprünglich hauptsächlich von den Bewohnern und [studentischen] Fahrradfahrern genutzte Straße wurde in den letzten Jahre Verkehre geleitet, die zu Universitätsgrundstücken und einem großen Sportgelände führen, teilweise wurden Schwerlastverkehr zu den Baustellen der neuen Studentenwohnheime über die kurze Wohnstraße geleitet.

Nachdem jahrelang keine Reaktionen seitens der Verwaltung erfolgte, hat diese überraschend am 08.11.2018 im Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke die „**Notwendigkeit des Vollausbaus**“ des Plesseweges dargelegt, sich unter anderem auf die öffentlichen Beteiligungen im Zuge der Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für das so genannte „Plessequartier“ in 2017/2018 beziehend. Leider wurden die Anlieger der verschiedenen Straßen (die auch unterschiedliche Interessen haben) nicht gemeinsam sondern einzeln eingeladen. Die „Ergebnisse“ – teils Handabstimmungen von nicht bestimmten Teilnehmern, die jedenfalls

nicht als repräsentativ bezeichnet werden können – hat die Verwaltung den politischen Vertretern im Ausschuss (wie uns von betroffenen Mitgliedern aus den verschiedenen Straßen berichtet wurde) zumindest nicht objektiv dargestellt.

Für die Anlieger des Plesseweges fand am 13.12.2018 im Ratssaal des Neuen Rathauses eine Informationsveranstaltung statt. Zu Beginn der Veranstaltung wurde seitens der Göttinger Entsorgungsbetriebe (GEB) zunächst das Erfordernis der Baumaßnahme in Bezug

auf den Kanalbau erläutert: Die Kanäle seien aufgrund ihres Alters sowie der mittels Kamerabefahrung festgestellten Schäden u. a. erneuerungsbedürftig und sollen bei offener Baugrube neu verlegt werden. Ob und inwieweit statt der Neuverlegung bei offener Baugrube Reparaturmaßnahmen – wie in der angrenzenden von-Bar-Straße – möglich wären, wurde nicht dargelegt. **Die von-Bar-Straße ist im Alter und Zustand durchaus mit dem Plesseweg vergleichbar. Hier wurde im Vorjahr allerdings kein Vollausbau unter 51-prozentiger Beteiligung der Anlieger (im Plesseweg je nach Grundstücksgröße zwischen 9.000,00 und 12.000,00 Euro!) vorgenommen**, sondern lediglich die Kanäle repariert und die tragbare Straßenoberfläche wieder hergestellt. Die so genannten Leitungsträger – Göttinger Entsorgungsbetriebe und andere – haben sich an den Kosten beteiligt. Die wieder hergestellte von-Bar-Straße ist in einem guten Zustand. Die Anlieger sind damit zufrieden und – sie haben keine Straßenausbaubeiträge zahlen müssen.

Auf Nachfragen der Anlieger des Plesseweges, warum dieses für ihre Straße nicht möglich sei, kamen zunächst überraschende Antworten der Verwaltung: In den Vorjahren habe die Stadt



Der Plesseweg mit Plakaten



Banner mit Hinweis auf Internetseite der IG

Göttingen nicht das Geld für Vollausbauten der Straße gehabt, nun habe sich das erfreulicherweise geändert und **man habe sich daher im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes (ZIP) entschlossen, möglichst alle Innenstadtstraßen grundhaft zu erneuern.** Weiteres Argument der Verwaltung war, dass es „für alle Steuerzahler“ nachhaltiger sei und langfristig Entlastungen darstelle, wenn Straßen nicht repariert, sondern im Vollausbau wieder hergestellt werden.

Auf Einwand von Susanne Et-Taib, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit von H + G Göttingen e. V., dass dieses für die Stadt Göttingen ja sehr erfreulich sei, dass aber **für die erhebliche Beteiligung der Anlieger nach NKAG gesetzliche Grundlagen ausschlaggebend** sein, nämlich dass eine grundlegende Erneue-



Straßenzustand: nicht erneuerungsbedürftig

erung der Straße aufgrund der Beschaffenheit [keine Tragfähigkeit u.a.] mehr gegeben ist, erläuterte der Fachdienst Straßen- und Wasserbau die Ergebnisse eines durchgeführten „Bodengutachtens“ in der Straße, wonach nach einem Eingriff in den Straßenoberbau (in Folge des notwendigen Kanalbaus der GEB) dieser nicht mehr dauerhaft standfest sein wird, außerdem entspreche der Straßenaufbau nicht [mehr] dem Stand der Technik und den gültigen Regelwerken, wenn nicht jetzt, dann müsse in einigen Jahren die Straße vollausgebaut werden, ohne Beteiligung der GEB.

Nun brachten die betroffenen Anlieger – was ja Sinn einer solchen Veranstaltung seien sollte – folgende

Fragen und Anregungen zur Planung vor:

Warum kann der Plesseweg nicht – wie die von-Bar-Straße – im Bestand beibehalten werden? Es müssten nur die Kanalarbeiten erfolgen und die Straße in Grabenbreite wieder verschlossen werden, z. B. mit Flüssigboden, was ökologisch und ökonomisch viel sinnvoller wäre?

Wie wird die 51-prozentige Beteiligung der Anlieger rechtlich begründet? Die Straße ist derzeit nicht erneuerungsbedürftig. Wenn sie dieses durch Kanalbaumaßnahmen wird, ist der Verursacher, die GEB heranzuziehen. Anlieger und Fahrradfahrer brauchen keinen Vollausbau der kurzen Straße für fast 700.000,00 Euro.

Warum sollen für die Verkehrsberuhigung aufwändige Hochbordsteine angelegt werden? Mit farbigen Markierungen der Stellplatzflächen, Piktogrammen auf der Fahrbahn und dem Aufstellen von Pflanzkübeln kann preisgünstig der Verkehr beruhigt werden. Auch auf die ‚Asphaltplateaus‘ auf den Kreuzungen könne verzichtet werden.

Leider konnten die Fragen in der Veranstaltung im Ratssaal nicht sachgerecht beantwortet werden. Und nicht nur das: Die Verwaltung führte aus, dass ohnehin an dem dargestellten Vorgehen nichts mehr verändert werden könne, es sei schon im Fachausschuss die „politische Entscheidung für den Vollausbau in der Variante 2“ getroffen worden, daran könnten die Bürger und die Verwaltung nichts mehr ändern. Die Anwesenden könnten ja wieder einmal abstimmen, was zwar nichts bringen, aber von der Verwaltung an die Politik berichtet würde.

Mit diesen wenig nachvollziehbaren Aussagen konfrontiert, haben sich die betroffenen Anlieger – hierunter auch Mitglieder aus unserem Verein – entschieden, eine Interessengemeinschaft zu gründen. Mit Plakataktionen wird auf die Situation in der Straße aufmerksam gemacht. Es gibt ferner eine Internetseite: <http://www.ig-plesseweg-informiert.de>.

Die Anlieger haben – teils – mit unserer Unterstützung Informationen zu juristischen und technischen Grundlagen zusammen getragen, Sprecher gewählt und die Anhörung im zuständigen Bauausschuss beantragt, die gewährt wurde. Dort wurden diszipliniert und sachgerecht die Fragen und Anliegen der Betroffenen dargelegt. Der Ausschuss hat die Entscheidung über den Vollausbau verschoben.

Unser Verein würde es sehr begrüßen, wenn die von den Bürgern gewählten politischen Vertreter den fundierten Argumenten folgen und sich gegen den unnötigen Vollausbau des Plesseweges entscheiden würden.

set

Bilder: Susanne Et-Taib